

L
E
S
E
P
R
O
B
E

3 Die Krise aus Sicht der Bevölkerung

Im vorherigen Kapitel wurde deutlich, dass die europäische Finanz- und Wirtschaftskrise – als deren Auslöser die Immobilien- und Bankenkrise in den USA von 2007 gilt, die eine globale Wirtschaftskrise verursachte, in deren Verlauf mehrere europäische Länder aufgrund struktureller Schwächen in Staatsschuldenkrisen stürzten, was schließlich in der Eurokrise mündete – hinsichtlich ihrer Entstehung, Entwicklung und Auswirkungen außerordentlich komplex und intransparent ist. Zudem kam die Krise weitgehend unerwartet, für die meisten Experten geradezu aus heiterem Himmel. Vorhergesagt wurde sie nur von einigen „stillen Ruffern in der Wüste“, etwa vom US-amerikanischen Nobelpreisträger Robert J. Shiller, die von der Mehrheit nicht ernst genommen wurden. Selbst viele Fachleute aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft waren von der Komplexität und Intransparenz, etwa bei der Entwicklung der strukturierten Produkte, aber auch von den großen Zusammenhängen, wie den Auswirkungen der Finanzindustrie auf die Realwirtschaft, überfordert, was zu großer Verwirrung und kontroversen Einschätzungen führte. Hinzu kommt, dass in den Modellen der traditionellen Makroökonomik den Finanzmärkten und ihren Akteuren (insbesondere den Banken) eine eher untergeordnete Rolle zugewiesen wird, mit ganz wenigen Ausnahmen (etwa dem US-Ökonomen Hyman P. Minsky), so dass fast alle Makroökonomien von der Finanzkrise gleichsam kalt erwischt wurden und bis heute keine befriedigende Erklärung für ihre Ursachen, ihren Ablauf und ihre Folgen vorlegen können. So herrschte beispielsweise Mitte 2015 unter Experten große Uneinigkeit hinsichtlich der Auswirkungen eines möglichen Austritts Griechenlands aus der Eurozone, der von einigen Ökonomen gefordert wird, während nicht wenige Politiker vor den völlig unabsehbaren Folgen eines *Grexit* warnen.

Divergenzen in der Beurteilung und Erklärung der Krise werden nicht nur durch Komplexität und Intransparenz der Materie, sondern auch durch unterschiedliche wirtschaftliche und politische Standpunkte gefördert. Beim Thema *Grexit* kulminiert der *trade-off* zwischen ökonomischen und politischen Sichtweisen. Anders ausgedrückt: Es offenbaren sich die Auswirkungen der Ökonomisierung eines politischen Projekts. In der Beurteilung der Euro-Rettungspolitik im Falle Griechenlands stehen die angebotstheoretisch orientierten Ökonomen und Vertreter einer Austeritätspolitik, die über eine innere Abwertung der

Währung (durch sinkende Löhne und Preise) die internationale Wettbewerbsfähigkeit als *conditio sine qua non* für Wachstum und dadurch neu gewonnene Schuldentragfähigkeit stärken wollen (fast alle führenden deutschen Ökonomen), nachfragetheoretisch orientierten Ökonomen gegenüber, die in der Austeritätspolitik die Gefahr einer kumulativen Negativspirale mit progressiver Verarmung und sozialer Verelendung sehen (z. B. die keynesianisch orientierten US-Nobelpreisträger Paul Krugman und Joseph E. Stiglitz). Die Finanzkrise hat inzwischen unter dem Namen *Macrofinance* zu einer neuen Orientierung geführt, die derzeit zu den interessantesten und zukunftsträchtigsten Entwicklungen in der Makroökonomik zählt, mit Fokus auf Finanz- und Kapitalmärkte sowie auf die differenzierte Rolle von Banken und anderen großen Finanzmarkt-Playern.

Wenn die Fachwelt zum Teil große Schwierigkeiten mit dem Verständnis und der Beurteilung der Krise(n) hat, dürfte dies für die Bevölkerung in den europäischen Staaten kaum zu durchschauen sein. Doch schätzen sie deshalb die Krise weniger realistisch ein als die Fachwelt, deren Expertenwissen sich in diesem Fall als nur bedingt nützlich erwies? Der gesunde Menschenverstand, neu-deutsch: *common sense*, mag sich bei der Einschätzung komplexer Phänomene manchmal als vorteilhaft erweisen; „Bauchentscheidungen“ (Gigerenzer 2008) sind hoher kognitiver Kontrolle überlegen, wenn Entscheidungsprozesse unübersichtlich werden. Selbst die Politiker bedienen sich in der Krise bemerkenswert oft simplifizierender Ausdrücke und sprechen, wie Bundesfinanzminister Schäuble, vom „Fahren auf Sicht“ als Strategie der Krisenbewältigung oder loben den gesunden Menschenverstand der „schwäbischen Hausfrau“, wie Bundeskanzlerin Merkel.

Wie nimmt also die Bevölkerung in ausgewählten EU-Staaten die Krisenphänomene bzw. -symptome wahr und wie reagiert sie? Es ist zu erwarten, dass die Einstellungen der Menschen das Nord-Süd-Gefälle widerspiegeln, das sich in den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die europäischen Länder zeigt. Schweden, Großbritannien, Deutschland und Tschechien wurden von der Krise erheblich weniger stark in Mitleidenschaft gezogen als die südeuropäischen Länder, deren strukturelle Schwächen durch die Krise erheblich verschärft wurden und zu einer starken Rezession, hoher Arbeitslosigkeit und empfindlichen Einsparungen in den Sozialausgaben führten. Die regionalen Divergenzen dürften umso deutlicher werden, da in den politischen Auseinandersetzungen um

europäische Stabilisierungs- und Rettungsmaßnahmen erhebliche kulturelle Unterschiede zwischen Nord- und Südeuropa offensichtlich wurden. Auch grundsätzlich unterschiedliche Einstellungen zur EU sind von Belang, wenn es um die Stabilisierungspolitik geht, so dass beispielsweise in Ländern mit traditionell weit verbreiteten euroskeptischen Tendenzen wie Großbritannien und Tschechien andere Ansichten zu erwarten sind als in Deutschland oder Frankreich. Überdies ist die Zugehörigkeit zur Eurozone mit gemeinschaftlicher Währung bzw. die Aufrechterhaltung einer landesspezifischen Währung ein Unterscheidungskriterium, das zur Differenzierung von Ansichten über die Krise beitragen kann.

Die Wahrnehmung und Bewertung der Krise durch die europäische Bevölkerung wird wohl mit keinem Erhebungsinstrument so feinmaschig erfasst wie mit dem *Eurobarometer*, einem regelmäßigen Monitoring der EU-Kommission zur Dauerbeobachtung der öffentlichen Meinung innerhalb der EU. In den frühen 1970er-Jahren eingeführt wurde das Eurobarometer in den 1990er-Jahren hinsichtlich seiner Inhalte, Methoden und Erhebungszeitpunkte deutlich erweitert und verfeinert. Seit 2009 werden spezielle Fragen zur Wahrnehmung und Bewertung der Finanzkrise erhoben; damit lassen sich die Einstellungen der Bürger zur Krise im Querschnitt in allen acht ausgewählten europäischen Ländern sowie im Längsschnitt vom Beginn der Krise bis zum jüngsten Erhebungszeitpunkt untersuchen. Unsere Sekundäranalyse erstreckt sich über insgesamt 20 Erhebungswellen zwischen Januar 2009 und Mai 2015, mit zwei bis vier Wellen pro Jahr; dabei werden nicht immer dieselben Indikatoren erfasst, doch bietet das Eurobarometer für einen Teil der Indikatoren bis zu elf Befragungszeitpunkte, d. h. rund zwei Erhebungen pro Jahr. Dies ermöglicht eine vergleichsweise feingliedrige Längsschnittanalyse. Neben den Einstellungen zur Finanzkrise umfasst das Eurobarometer Bewertungen der eigenen finanziellen Lage, der Wirtschaftslage des Heimatlandes sowie der Europäischen Union, allgemeine Einstellungen zur EU sowie zu wichtigen politischen Themen oder Wertorientierungen. Diese Hintergrundinformationen können dazu beitragen, die jeweilige Wahrnehmung der Krise und die Bewertung der Krisenbewältigung durch die Bürger zu erklären.

Die Sekundäranalyse der Daten aus dem Eurobarometer ermöglicht es, insbesondere folgenden Fragen nachzugehen: Wie schätzt die Bevölkerung in den acht Ländern die Auswirkungen der Krise ein? Wem trauen die Menschen die

Bewältigung der Krise zu und welche Strategien halten sie für erfolgversprechend? Wie wird in diesem Zusammenhang die Rolle des Euro gesehen? Welche Maßnahmen gelten auf europäischer Ebene als notwendig, um die wirtschaftliche Lage zu verbessern und wie steht es um die generelle Reformbereitschaft der Bürger?

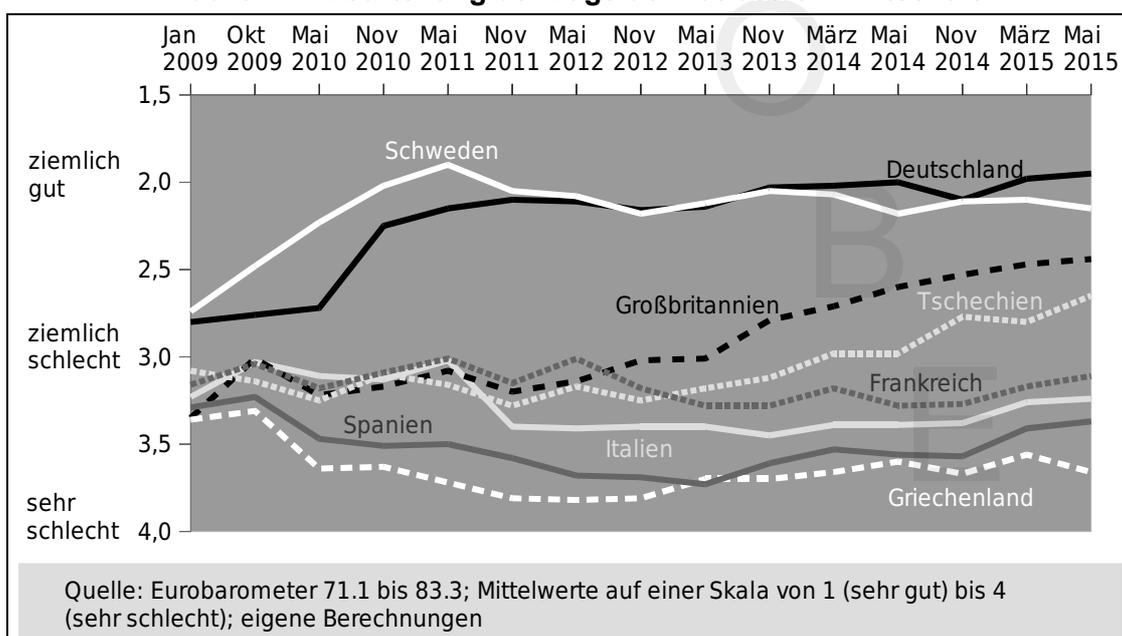
3.1 Die Auswirkungen der Krise

In der Bewertung der Wirtschaftslage des Landes zeigen sich große Unterschiede zwischen Nord- und Südeuropa. Diese wirken sich entsprechend auf die persönlichen Lebensverhältnisse aus – mit Verbesserungen für Deutsche, Schweden und Briten und deutlichen Verschlechterungen für Spanier und Griechen. Die Frage, ob die Krise bereits ihren Höhepunkt erreicht hat oder sich die Lage noch weiter verschlechtert, wird hingegen nicht entsprechend des Nord-Süd-Gefälle beantwortet: Spanier und Italiener sind zuletzt zuversichtlicher, während Franzosen und Griechen weitere Verschlechterungen erwarten.

3.1.1 Wirtschaftslage: Positives Bild im Norden, negatives im Süden

Der Blick der Bevölkerung auf die heimische Wirtschaft wirkt realistisch (Abb. 3.1-1). „Ziemlich gut“ fällt das Urteil vor allem von Deutschen und Schweden aus, wobei die Bewertung in beiden Ländern zu Beginn der Krise deutlich schlechter war, aber bis 2010 positiver wurde.

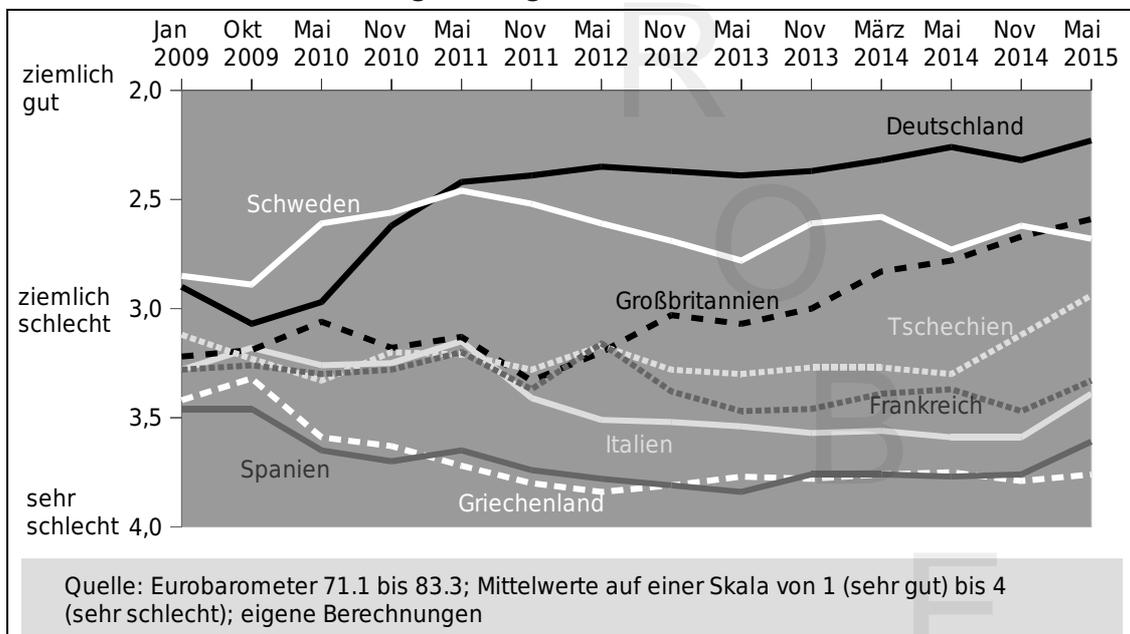
Abb. 3.1-1: Beurteilung der Lage der nationalen Wirtschaft



Die beste Entwicklung erfährt Großbritannien. Die Bewertung ist insgesamt weniger gut als in Deutschland oder Schweden, aber das Vereinigte Königreich hat in den letzten Jahren deutlich aufgeschlossen. Auch die Tschechen, die ihre Wirtschaftslage anfänglich für „ziemlich schlecht“ hielten, beurteilten sie 2015 merklich besser. In Griechenland und Spanien hat sich die Bewertung in der Krise hingegen verschlechtert. Fiel das Urteil über die heimische Wirtschaft bereits 2009 recht bescheiden aus, so wurde es zusehends negativer. In Spanien allerdings ist zuletzt eine Trendwende erkennbar. Italiener und Franzosen bewerteten die ökonomische Lage ihres Landes im Laufe der Krise geringfügig schlechter.

Die Einschätzung der Wirtschaftslage hat sich im Zeitvergleich ausdifferenziert. Anfang 2009 bewegten sich die Skalenwerte innerhalb eines vergleichsweise engen Bereichs zwischen 2,7 und 3,4. Über die Jahre hinweg streuen die Werte deutlich weiter, im Mai 2015 zwischen 1,95 und 3,66. Die Divergenz spiegelt die steigenden regionalen Disparitäten wider: Während in den mediterranen Ländern zuletzt lediglich in etwa das Ausgangsniveau wieder erreicht werden konnte, hat sich die Bewertung in den nord- und mitteleuropäischen Ländern im Laufe der Krisenjahre sogar verbessert.

Abb. 3.1-2: Beurteilung der Lage auf dem heimischen Arbeitsmarkt



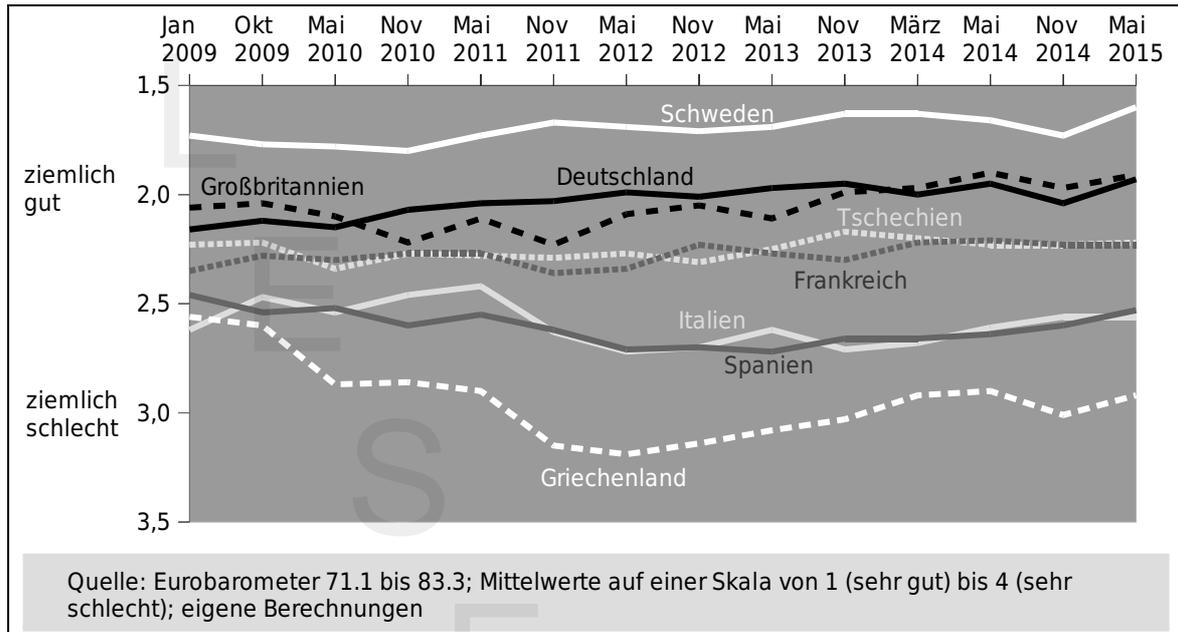
Ähnlich wie die allgemeine Wirtschaftslage wird auch die Lage auf dem heimischen Arbeitsmarkt eingeschätzt (Abb. 3.1-2). Am besten bewerten Deutsche und Schweden die Lage, die Anfang 2009 in beiden Ländern noch als „ziemlich

schlecht“ eingeschätzt wurde. Bereits in den ersten Jahren der Krise hat sich die Beurteilung in Deutschland jedoch merklich gebessert; sie liegt zwischen „ziemlich gut“ und „ziemlich schlecht“ – seit 2011 die beste Bewertung von allen acht Vergleichsstaaten. In Schweden schwankt die Bewertung; zeitweilig schloss sie zum deutschen Niveau auf, kehrte dann aber in die Nähe der Ausgangsposition zurück. Seit Ende 2013 schätzen auch die Briten ihre Arbeitsmarktlage deutlich besser ein – 2015 sogar noch besser als die Schweden.

Erwartungsgemäß negativ fällt das Urteil der Griechen und Spanier aus. Bereits das Ausgangsniveau im Januar 2009 lag zwischen „ziemlich schlecht“ und „sehr schlecht“, doch seit Oktober 2009 hat sich die Lage aus Sicht der Bevölkerung noch weiter verschlimmert. Dies gilt in ähnlicher Weise für Italien, mit dem Unterschied, dass die Arbeitsmarktlage nicht ganz so schlecht bewertet wurde wie in den beiden anderen südeuropäischen Staaten und dass eine deutliche Verschlechterung erst ab 2011 registriert wird. Diese zeitliche Verzögerung entspricht der realen Entwicklung der Arbeitsmärkte: Tatsächlich stiegen die Arbeitslosenzahlen in Italien erst drei bis vier Jahre später als in Spanien und Griechenland. 2015 wurden der italienische und der spanische Arbeitsmarkt merklich besser beurteilt.

Während sich die Sorgen der Franzosen um ihre sozioökonomische Lage in einem ständigen Auf und Ab bei der Bewertung des Arbeitsmarktes widerspiegeln, blieben die Ansichten in Tschechien relativ konstant; sie pendeln mit geringer Amplitude um eine eher schlechte Bewertung. Seit November 2014 fallen die Urteile indes deutlich besser aus.

Geht es um den heimischen Arbeitsmarkt, so schätzen die Schweden die Lage schlechter ein als die Deutschen. Ihre persönliche berufliche Situation bewerten die Skandinavier allerdings deutlich besser als die Menschen in Deutschland (Abb. 3.1-3). Wie bereits zu Beginn der Krise liegt Schweden in der Beurteilung der beruflichen Situation im Ländervergleich auch 2015 mit Abstand vorn. Angeglichen haben sich die Einschätzungen in Deutschland und Großbritannien, in Tschechien und Frankreich sowie in Italien und Spanien, die jeweils nur durch wenige Dezimale voneinander getrennt sind. In Mitteleuropa tendiert die Einschätzung zu „ziemlich gut“, während sie in den südeuropäischen Ländern mittelmäßig ausfällt. Eindeutig negativ beurteilen die Griechen ihre berufliche Situation.

Abb. 3.1-3: Beurteilung der persönlichen beruflichen Situation

Die Einschätzung der eigenen beruflichen Lage fällt offenbar vielen schwer. Während nahezu alle Befragten eine eindeutige Meinung zur allgemeinen Wirtschafts- oder Arbeitsmarktlage des Landes haben, wählen in der Frage nach der beruflichen Situation viele die Antwortkategorie „Weiß nicht“. Dies gilt vor allem für Griechenland und Frankreich, wo jeweils ein Viertel der Befragten die Erwerbssituation nicht eindeutig bewertet; in Tschechien ist es ein Fünftel.

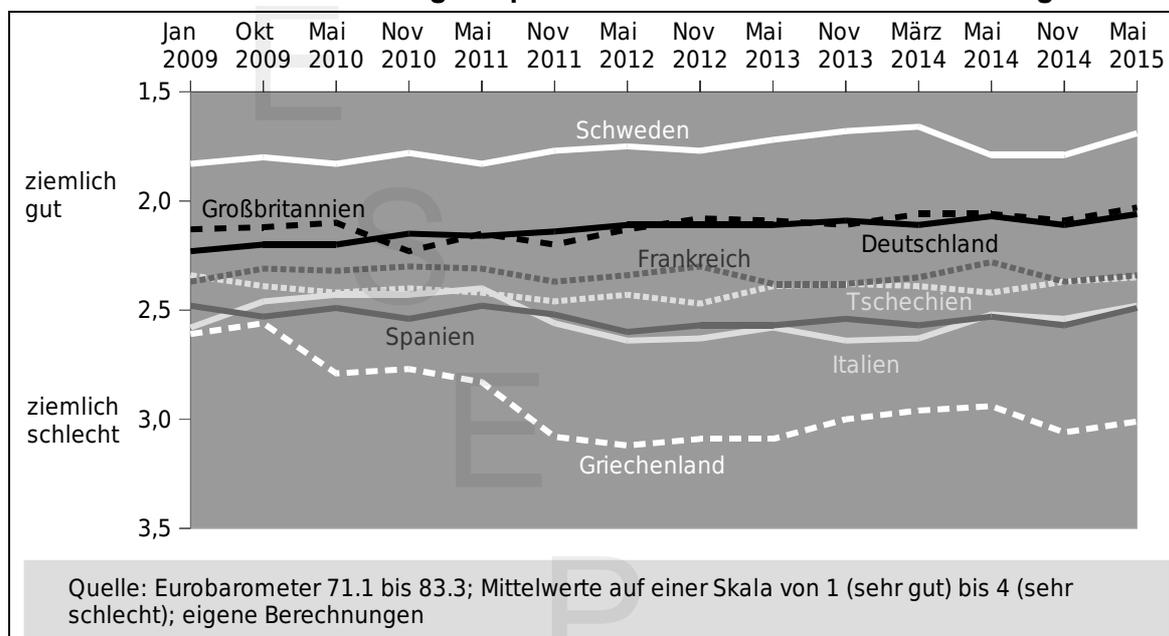
Prekäre Haushaltslage in Griechenland – Sicherheit in Schweden und Deutschland

Die Schweden bewerten die finanzielle Lage ihres persönlichen Haushalts im Ländervergleich am besten, zeitweilig besser als „ziemlich gut“ (März 2014; Abb. 3.1-4). „Ziemlich schlecht“ nennen erwartungsgemäß die Griechen ihre finanzielle Haushaltslage. Die übrigen Staaten rangieren dazwischen, wobei nördliche Länder wie Deutschland und Großbritannien eher zu positiven Werten tendieren, Spanien und Italien indes die Lage recht ausgeglichen beurteilen. In Griechenland verschlechterte sich die Einschätzung deutlich in den Jahren 2010 und 2011. In den übrigen Ländern hat sich die Beurteilung der privaten finanziellen Haushaltslage kaum verändert.

Bis November 2013 wurde auch die Einschätzung des Planungshorizonts der privaten Haushalte erhoben. In allen acht Ländern gaben zunehmend mehr Menschen an, ihre aktuelle Situation erlaube ihnen keine Zukunftspläne; sie lebten nur „von Tag zu Tag“. Besonders weit verbreitet war diese Aussage in Griechenland – seit Ende 2010 mehr noch als zu Beginn der Krise. Ende 2012 be-

klagten 71 Prozent, sie könnten aufgrund ihrer schwierigen Haushaltslage keine großen Pläne für die Zukunft machen; 2013 ging der Anteil auf zwei Drittel der Griechen zurück. In Spanien zeigte sich gut jeder Zweite betroffen; dort galt seit Ende 2012 die Lage der privaten Haushalte als zunehmend prekär.

Abb. 3.1-4: Beurteilung der persönlichen finanziellen Haushaltslage



In Schweden und Deutschland klagte dagegen nur eine Minderheit über mangelnde Planungssicherheit. Gut die Hälfte der Bevölkerung hatte dort eine relativ konkrete Vorstellung davon, wie der „Haushalt in den nächsten 1 bis 2 Jahren aussehen wird“. Im Laufe der Krise stieg die Zahl der Haushalte mit langfristigem Planungshorizont sogar um rund zehn Prozent. Auch in Tschechien hielten die meisten Befragten einen mittelfristigen Planungshorizont von sechs Monaten für realistisch. In Frankreich, Italien und Großbritannien verteilten sich die Einschätzungen einigermaßen gleich auf drei Antwortkategorien von kurz- über mittel- bis langfristig.

Arbeitslosigkeit als größte Bedrohung in der Krise

Auf die Frage nach den wichtigsten Problemen des eigenen Landes lagen zu Beginn der Krise in allen acht Ländern die wirtschaftliche Lage und die Arbeitslosigkeit nahezu gleichauf an der Spitze (Abb. 3.1-5). Im Laufe der Krise hat die Wirtschaftslage erheblich an Bedeutung verloren und die Arbeitslosigkeit ist zum vorherrschenden Thema geworden. Auf den Plätzen drei und vier rangierten lange Zeit die Preissteigerung und Kriminalität. Zuletzt ist jedoch die Ein-

wanderung in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt; im Mai 2015 galt sie als zweitwichtigstes nationales Problem, noch vor der Wirtschaftslage.

Abb. 3.1-5: Wichtigstes Problem des Landes im Mittelwert aller acht Länder

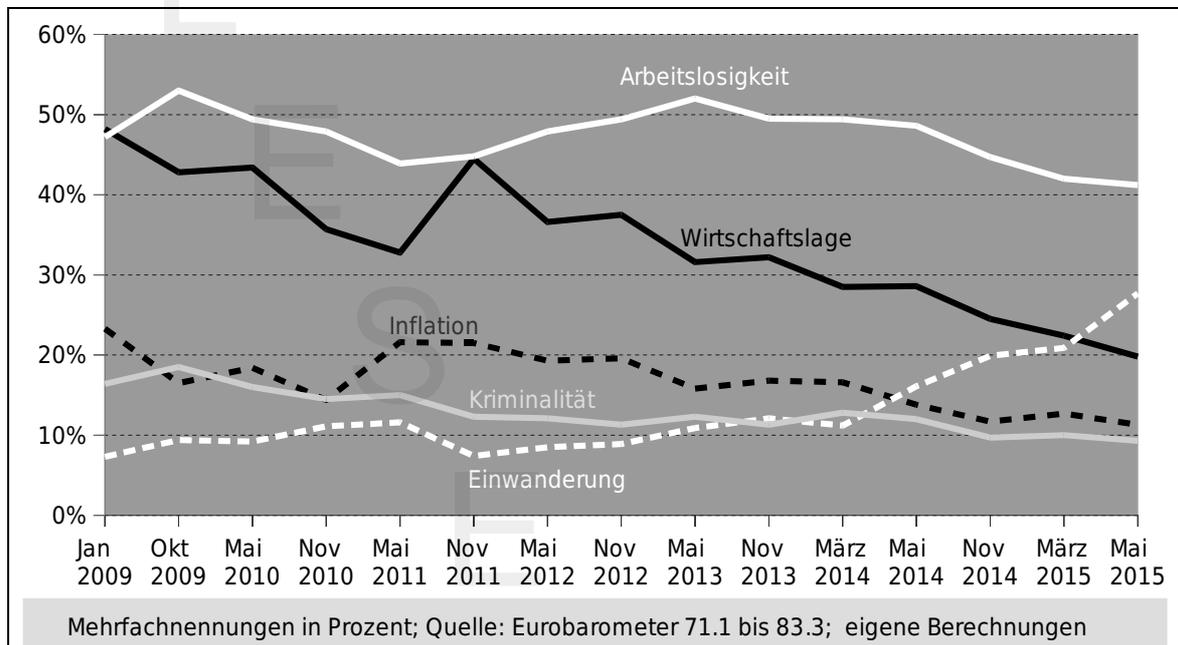
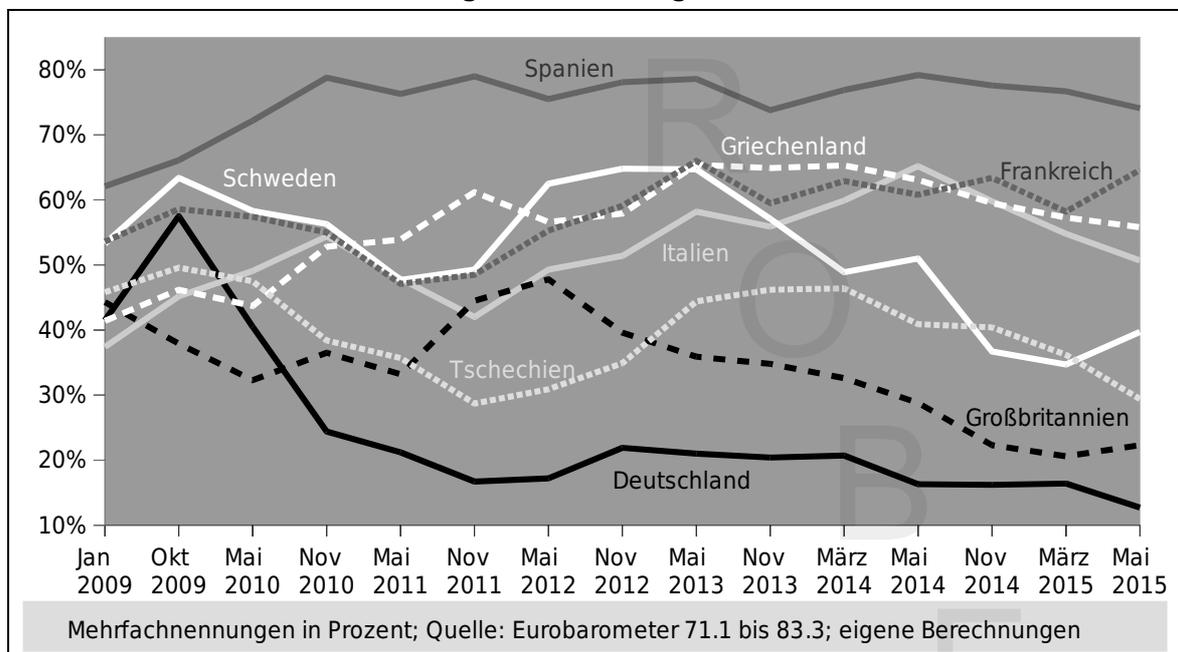


Abb. 3.1-6: Arbeitslosigkeit als wichtigstes Problem des Landes



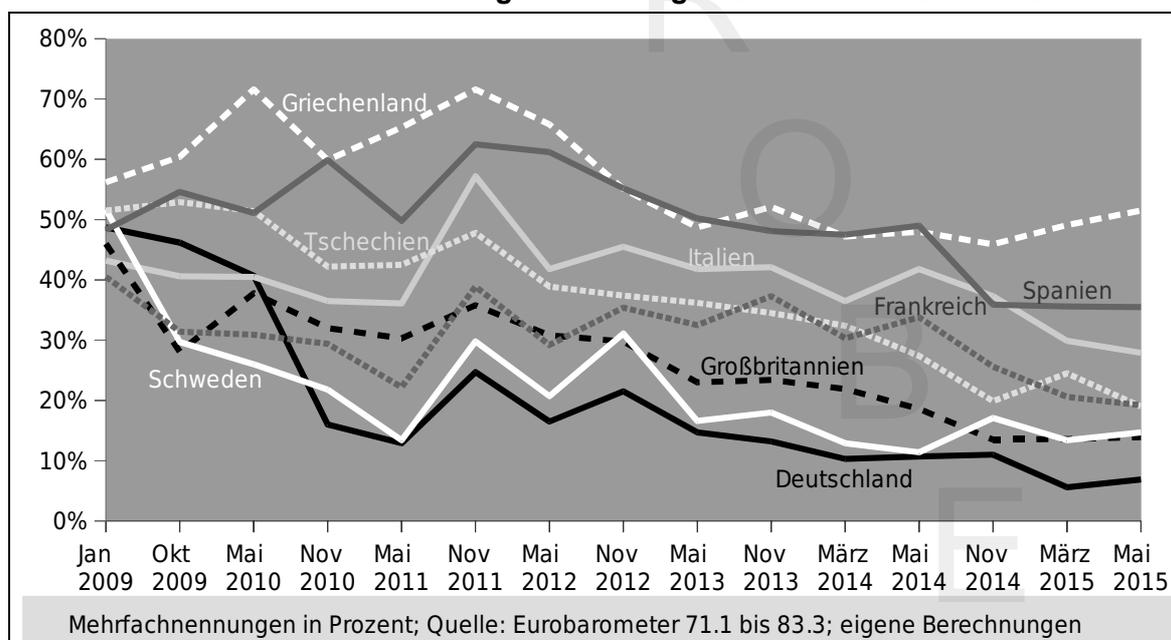
Arbeitslosigkeit ist vor allem in den südeuropäischen Staaten von hoher Relevanz, was angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen kein Wunder ist. Vor allem Spanier sehen darin das zentrale Problem für ihr Land, deutlich stärker als Italiener, Griechen und Franzosen (Abb. 3.1-6). Zuletzt ist in Griechenland und vor

allein in Italien eine Trendwende zu einer besseren Bewertung der Arbeitsmarktproblematik erkennbar.

Zwischen 2009 und 2014 ist der Anteil der Italiener, die Arbeitslosigkeit als wichtigste Herausforderung für ihr Land betrachten, um rund 28 Prozent gestiegen. In Griechenland lag der Anstieg zeitweilig bei rund 22, in Spanien bei rund 17 Prozent. Dagegen ist diese Einschätzung in Deutschland um rund 25 Prozent zurückgegangen; bezeichneten Ende 2009 noch 58 Prozent die Arbeitslosigkeit als das wichtigste Problem, so waren es im Mai 2015 nur noch 13 Prozent. In Frankreich verharret die Sorge um die Arbeitslosigkeit mit kleineren Schwankungen auf hohem Niveau; zuletzt war sie sogar höher als in Griechenland oder Italien, trotz der objektiv niedrigeren Arbeitslosenquote.

Auch in Schweden wird der Arbeitslosigkeit zeitweilig eine hohe Aufmerksamkeit geschenkt, bisweilen mehr als in Südeuropa. Dabei sind die Arbeitslosenquoten in Schweden mit unter zehn Prozent relativ moderat. 2015 ist die Bedeutung auf ein realistischeres Maß zurückgegangen. In Tschechien gilt Arbeitslosigkeit als zentrales Problemfeld, hat aber zuletzt wie in Großbritannien und Deutschland deutlich an Bedeutung verloren. In Mitteleuropa werden Arbeitsmarktprobleme seit Ende 2014 durch das Thema Einwanderung von der Spitzenposition verdrängt.

Abb. 3.1-7: Wirtschaftslage als wichtigstes Problem des Landes



Die *Wirtschaftslage* verliert über die Krisenjahre hinweg in allen Ländern an Bedeutung (Abb. 3.1-7). Dieser Trend setzt meist erst in der Mitte des Beobach-

tungszeitraumes ein, während es in der ersten Hälfte von 2009 bis 2012 zu mehr oder weniger heftigen Schwankungen kommt, in denen sich Unsicherheiten und Ängste vor dem weiteren Verlauf der Wirtschaftskrise widerspiegeln. Überall ist im November 2011 ein Peak zu erkennen, der im Zusammenhang mit dem massiven Anstieg der Arbeitslosenzahlen im Süden Europas und den erwarteten Auswirkungen auf den europäischen Wirtschaftsraum stehen dürfte. Als sich abzeichnete, dass viele Staaten die Krise ökonomisch besser überstehen würden als erwartet, verlor das Thema Wirtschaftslage in den meisten Ländern bereits ab 2012 rasch an Bedeutung. Am stärksten verlief dieser Rückgang in Deutschland, wo der Anteil derer, die in der Wirtschaftslage das wichtigste Problem des Landes sehen, von rund 49 Prozent (Jan. 2009) auf 7 Prozent (Mai 2015) gesunken ist. In Schweden, Großbritannien und Tschechien beträgt der Rückgang über 30 Prozent. In Italien sind dagegen über die Jahre hinweg nur 15 Prozent weniger Befragte der Meinung, die Wirtschaftslage sei Thema Nummer eins. Mehr als in den anderen Ländern gelten in Italien Steuern als großes Problem, sowohl für das Land als auch für die eigene Person; in der Regel werden Steuern direkt nach Arbeitslosigkeit und Wirtschaftslage genannt. Nur in Griechenland ist die Wirtschaftslage für die Mehrheit der Menschen immer noch das wichtigste Problem des Landes.

► Relativ gut bewerten Deutsche und Schweden ihre *wirtschaftliche Lage*, eher schlecht dagegen die Briten und Tschechen und noch schlechter die Franzosen, Italiener, Spanier und Griechen. Dabei lassen sich im Längsschnitt positive Trends im Norden und eher negative Entwicklungen im Süden Europas feststellen.

Vor allem Spanier und Griechen sorgen sich zunehmend um die *hohen Arbeitslosenzahlen*, während sich die Erwerbslage aus Sicht der Deutschen, Schweden und Briten verbessert hat. Auch die Bewertung der persönlichen *finanziellen Haushaltslage* unterscheidet sich deutlich zwischen Nord- und Südeuropa mit sicheren Verhältnissen in Schweden und Deutschland und prekärer Lage in Griechenland und Spanien.

Im Laufe der Krise hat die Wirtschaftslage nach Ansicht der Südeuropäer an Bedeutung verloren, während die Arbeitslosigkeit zunehmend zum wichtigsten Problem geworden ist. In Mitteleuropa wird die *Einwanderung* zu einem Thema von nationalem Rang. ◀

L
E
S
E
P
R
O
B
E

4 Einstellungen und Werte vor dem Hintergrund der Krise

Die Unterschiede in der Wahrnehmung und Bewertung der Finanz- und Wirtschaftskrise, insbesondere das immer wieder erkennbare Nord-Süd-Gefälle in Europa, ergeben sich einerseits aus den jeweiligen Auswirkungen der Krise auf die nationalen Volkswirtschaften. Andererseits spiegeln sich darin grundsätzliche länderspezifische Einstellungen zu Wirtschaft und Staat wider. Dabei kann beispielsweise ein größeres Vertrauen in wirtschaftliche und öffentliche Institutionen die Zuversicht in die Bewältigung von Krisen und in den Erfolg von Reformen fördern. Hingegen bewerten Bürger, die vor allem soziale Ungleichheit, Korruption und Amtsmissbrauch erleben, Reformprozesse eher skeptisch, erst recht, wenn sie durch jene politischen Akteure und Institutionen umgesetzt werden sollen, die sie für die Krise verantwortlich machen. Wo die Bevölkerung den eigenen Politikern misstraut, wendet sie sich eher hilfeschend an die Europäische Union; EU-Skeptiker pochen dagegen mehr auf nationale Souveränität. Im Folgenden werden relevante Einstellungen zu Wirtschaft und Staat sowie subjektive Präferenzen und Wertorientierungen der Europäer anhand von Daten des Eurobarometers und anderer internationaler Studien analysiert und im Ländervergleich dargestellt.

4.1 Einstellungen zur Wirtschaft

Grundsätzliche wirtschaftliche Ansichten und Überzeugungen – etwa zu Wachstum, Wohlstand, Wettbewerb, Unternehmen oder Globalisierung – können die Bewertung der Krise und der Maßnahmen zu ihrer Bewältigung maßgeblich beeinflussen. Wenn die Bürger eines Landes mit der Verteilung des Wohlstands relativ zufrieden sind, freien Wettbewerb begrüßen und sich Reformen gegenüber aufgeschlossen zeigen, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass sie Schuldenabbau und Haushaltskonsolidierung zum Zwecke einer Bewältigung der Krise zustimmen. Überwiegt dagegen die Kritik an ungleicher Einkommens- und Vermögensverteilung und stehen die Menschen marktwirtschaftlichen Prinzipien wie Liberalisierung und freiem Wettbewerb eher misstrauisch gegenüber, setzen sie vermutlich auch weniger Vertrauen in eine Austeritätspolitik als Strategie im Kampf gegen die Auswirkungen der Krise.

Im Eurobarometer werden Meinungen zu diversen wirtschaftlichen Fragestellungen erhoben. Die Auswahl der Indikatoren ermöglicht keine systematische und umfassende Analyse der wirtschaftlichen Einstellungen in den Ländern, gibt aber einen ersten Eindruck von Gemeinsamkeiten und Unterschieden in den acht Vergleichsländern und lässt erkennen, inwieweit sich die Ansichten im Zeitraum der Finanz- und Eurokrise verändert haben.

Wirtschaftswachstum oder Lebensstandard?

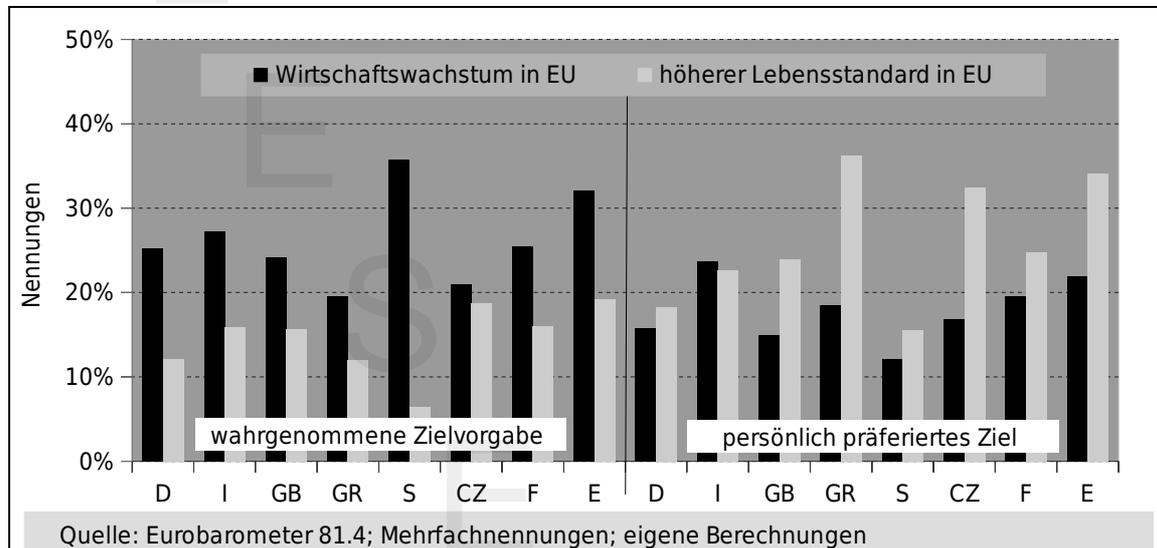
Fragt man die Menschen danach, was ihrer Meinung nach das vorrangig verfolgte Ziel beim Aufbau Europas sei und welches Ziel sie selbst für das wichtigste halten, dann offenbart sich ein subjektiver Zielkonflikt: Für die Bürger steht die Verbesserung des Lebensstandards an erster Stelle – tatsächlich wird aus ihrer Sicht aber nicht dem Lebensstandard, sondern dem Wirtschaftswachstum Priorität eingeräumt. Über alle Länder hinweg halten die Befragten am ehesten das Wirtschaftswachstum für die wichtigste Zielvorgabe in der Europäischen Union (26,2%; Eurobarometer 81.4, Mai 2014). An zweiter Stelle folgt die Bewahrung von Frieden und Stabilität (19,7%) und an dritter die Verbesserung des Lebensstandards in der EU (14,5%). Weitere Ziele, wie die Entwicklung der EU zum Global Player, der Schutz vor der Globalisierung oder das weltweite Eintreten für Demokratie und Menschenrechte, sind von nachrangiger Bedeutung (Nennungen jeweils unter 10%).

Geht es hingegen um die persönlichen Präferenzen der Bürger, kehrt sich die Reihenfolge um: An erster Stelle steht dann die Verbesserung des Lebensstandards in der Europäischen Union (25,4%), die das Wirtschaftswachstum auf den dritten Rang verdrängt (17,8%), knapp hinter die Wahrung von Frieden und Stabilität (18,3%).

Abb. 4.1-1 zeigt die Ergebnisse nach Ländern differenziert. Überall gilt das *Wirtschaftswachstum* als vorrangig verfolgtes staatliches Ziel beim Aufbau Europas. Der Abstand zur Bewertung des Ziels *Verbesserung des Lebensstandards* ist besonders groß in Schweden, Spanien, Deutschland und Italien – gering dagegen in Tschechien. Auf der persönlichen Agenda der Bürger steht indes in allen Ländern (mit Ausnahme Italiens) ein höherer Lebensstandard an der Spitze der präferierten Ziele. In Griechenland und Tschechien ist rund doppelt so vielen Menschen der Lebensstandard wichtiger als das Wirtschaftswachstum; auch in Spanien und Frankreich ist der Vorrang des Lebensstandards groß. In Schweden

und Deutschland ist der Abstand eher gering, und in Italien zieht eine dünne Mehrheit der Befragten das Wirtschaftswachstum dem Lebensstandard vor.

Abb. 4.1-1: Derzeit wichtigste Zielvorgabe und persönlich präferiertes Ziel beim Aufbau Europas (Auswahl, Mai 2014)



Dasselbe Bild ergibt sich im Zeitvergleich zwischen 2008 und 2014: Während das Wirtschaftswachstum als persönliches Ziel in allen acht Ländern mit Ausnahme Italiens an Bedeutung verloren hat, ist fast überall der Anteil derer gestiegen, die eine Verbesserung des Lebensstandards als die vordringlichste Aufgabe beim Aufbau Europas ansehen. Lediglich in Schweden hielten dies 2014 weniger Menschen als zuvor für wichtig.

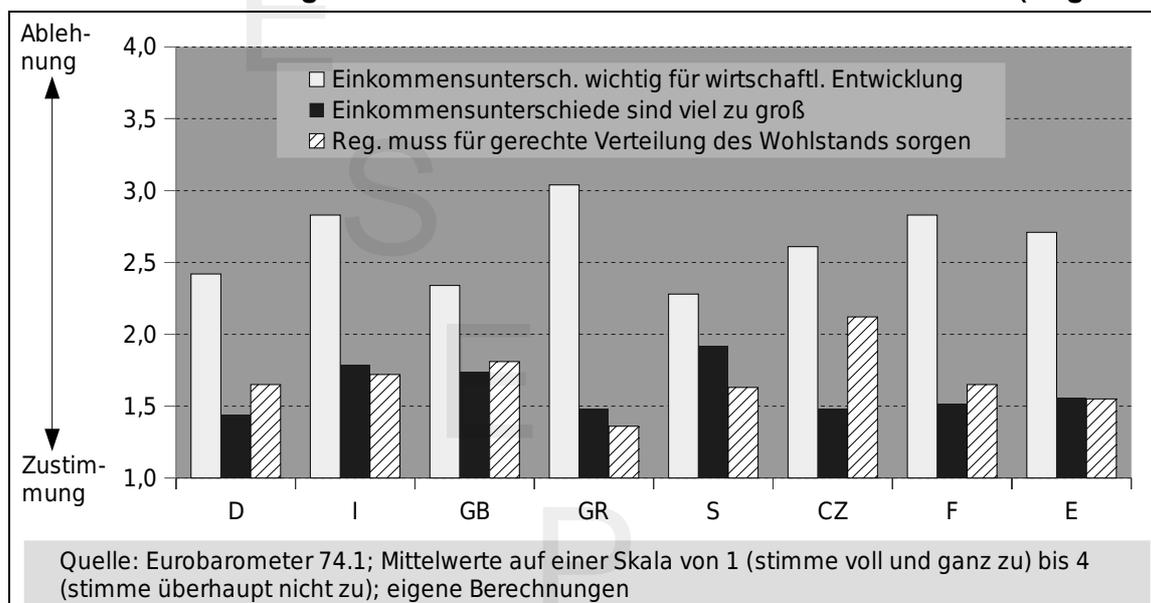
Unzufriedenheit mit der Verteilung von Einkommen und Vermögen

Unter ökonomischen Gesichtspunkten sind sowohl eine egalitäre wie auch eine extrem disparate Einkommensverteilung nicht erstrebenswert. ‚Mäßige‘ Einkommensunterschiede hingegen setzen Leistungsanreize und können sich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes auswirken. In Befragungen sind jedoch eher subjektiv empfundene bzw. *gefühlte* als objektiv vorhandene Einkommensunterschiede relevant. 2010 hielt die Mehrheit der Menschen in den acht untersuchten Ländern Einkommensunterschiede nicht für notwendig für die wirtschaftliche Entwicklung (Abb. 4.1-2).

In Deutschland wurde mit einem Wert von 2,42 fast der Skalenmittelpunkt von 2,5 erreicht, d. h. dort waren Befürworter und Gegner von Einkommensdisparitäten in etwa gleich stark vertreten. Dies galt auch für die Tschechen, die mit 2,61 geringfügig über dem Skalenmittelpunkt lagen und somit leicht in Richtung

Ablehnung tendierten. Eindeutiger war die Haltung der Griechen, die Einkommensunterschiede klar ablehnten; auch Italiener, Franzosen und Spanier zeigten sich wenig überzeugt von der ökonomischen Notwendigkeit von Einkommensdisparitäten. Lediglich in Großbritannien und Schweden neigten die Befragten eher zur Zustimmung.

Abb. 4.1-2: Einstellungen zu Einkommensunterschieden und Wohlstand (Aug. 2010)



(Anmerkung: Aus erhebungstechnischen Gründen stehen in dieser - und einigen folgenden Abbildungen - niedrige Werte für mehr Zustimmung und hohe Werte für mehr Ablehnung!)

Allgemeine Zustimmung erfuhr dagegen die Einschätzung, die Einkommensunterschiede (im jeweiligen Land) seien viel zu groß. Vor allem Deutsche, Griechen und Tschechen beklagten disparate Einkommen, des Weiteren Franzosen und Spanier. Auch die Schweden teilten diese Ansicht, aber am wenigsten stark im Ländervergleich.

In allen ausgewählten Ländern erwartete die Mehrheit der Befragten von ihrer Regierung, dass sie eine gerechte Verteilung des Wohlstands für alle Bürger gewährleistet. Diese Erwartung war besonders weit verbreitet in Griechenland und Spanien, aber auch in Deutschland, Schweden und Frankreich erntete sie viel Zuspruch. Selbst in Tschechien stimmten die Befragten dieser Forderung eher zu, wenngleich weniger deutlich als in den übrigen Ländern.

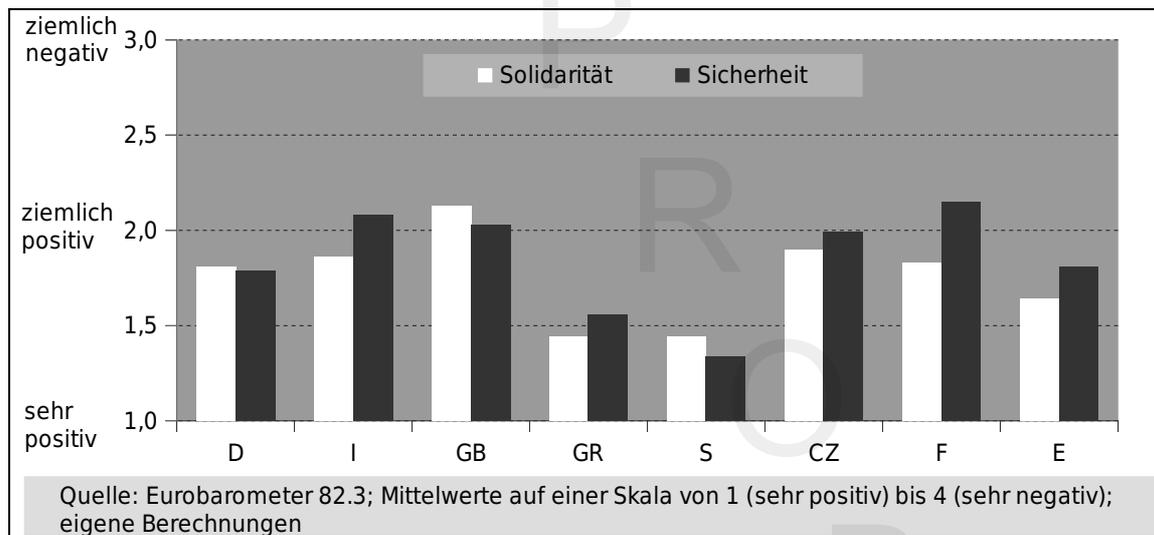
Assoziationen zur Wirtschaft: Solidarität und Sicherheit sind am wichtigsten

Prinzipielle Einstellungen zur Wirtschaft spiegeln sich in positiven oder negativen Assoziationen zu ökonomischen Grundbegriffen und Vorgängen wider. Im

Eurobarometer wurde dies im Oktober 2009 und im November 2014 genauer untersucht. Dabei zeigte sich, dass nur wenige der vorgelegten Begriffe eindeutig negativ besetzt sind, nämlich *Protektionismus* (vor allem in Schweden und Deutschland) und *Globalisierung* (in Griechenland, Tschechien und Frankreich). In Schweden wurden sämtliche Begriffe vergleichsweise positiv, in Frankreich hingegen weniger positiv bewertet.

Vor allem allgemeine Werte wie *Solidarität* und *Sicherheit* sind positiv besetzt und insbesondere in Schweden und Griechenland von großer Bedeutung (Abb. 4.1-3). Die Briten offenbaren ebenfalls überwiegend positive Assoziationen zu Solidarität, aber weniger deutlich als die Befragten in den übrigen Ländern. Wie die Solidarität erzeugt auch die Sicherheit die meisten positiven Empfindungen in Schweden und Griechenland, während Franzosen, Italiener, Briten und Tschechen eher moderat reagieren. Deutschland und Spanien liegen hinsichtlich der Bewertung der beiden Begriffe im Mittelfeld; in Deutschland werden beide Werte in etwa gleich positiv geschätzt.

Abb. 4.1-3: Assoziationen zu Solidarität und Sicherheit (Nov. 2014)



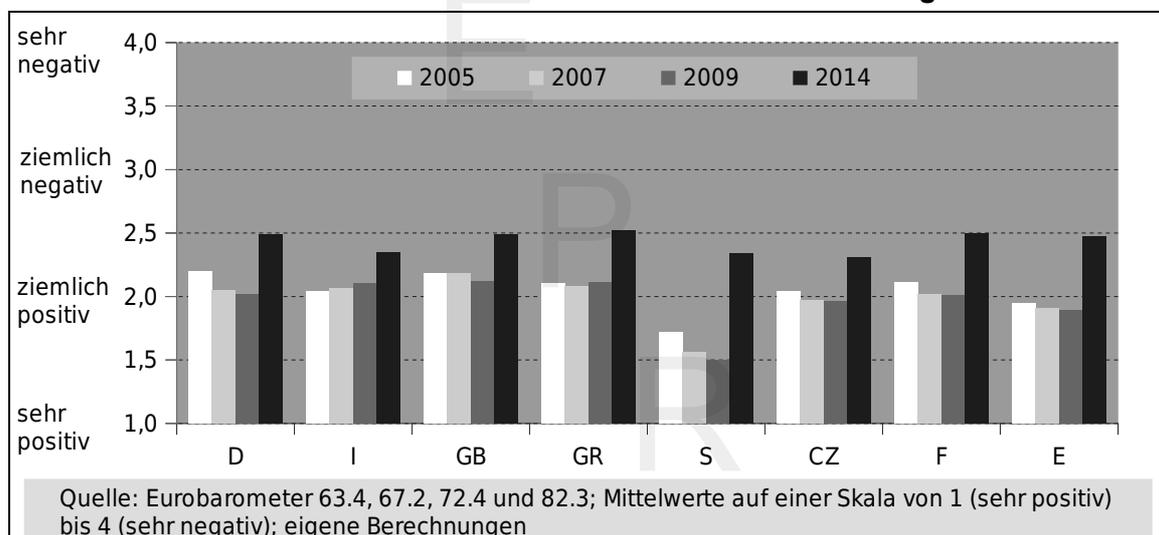
Hinsichtlich des Begriffs *Sicherheit* sind in allen Ländern die positiven Assoziationen über die Jahre zurückgegangen. Am stärksten lässt sich diese Entwicklung in Deutschland erkennen, am schwächsten ausgeprägt ist sie in Griechenland und Schweden. Auch das Image der Solidarität ist in Deutschland 2014 zwar immer noch gut, aber schlechter als fünf Jahre zuvor. In Großbritannien, Schweden und Frankreich sind minimale Rückgänge zu verzeichnen; dagegen verknüpften in Griechenland zuletzt mehr Menschen positive Eindrücke mit Solidarität.

Unternehmerbild hat in der Krise teilweise stark gelitten

Unternehmen sind zentrale Akteure in der Wirtschaft und ein positives Unternehmerbild ist unverzichtbar für Umsätze und Gewinne. Während Unternehmen vor der Krise über ein relativ gutes Image verfügten, hat sich das Bild im Laufe der Krise verschlechtert.

Vor der Krise hatten die meisten Menschen in Europa positive Assoziationen zu Unternehmen (Abb. 4.1-4). Zwischen 2005 und 2009 verbesserten sich die Einstellungen in etlichen Ländern sogar noch. Mit Abstand am besten war das Unternehmerbild 2009 in Schweden, wo die Einschätzungen im Durchschnitt zwischen „sehr positiv“ und „ziemlich positiv“ lagen. In den übrigen Ländern tendierten die Bürger zurückhaltender zu „ziemlich positiven“ Eindrücken.

Abb. 4.1-4: Assoziationen zu Unternehmen im Zeitvergleich



Nach fünf Jahren Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich das Image der Unternehmen überall verschlechtert, und das teilweise massiv: 2014 waren in vielen Ländern etwa gleich viele positive wie negative Konnotationen mit Unternehmen zu erkennen. Lediglich in Schweden, Tschechien und Italien überwogen noch positive Eindrücke. Dabei hat sich das Unternehmerbild aber gerade in Schweden zugleich drastisch verschlechtert, mit einer Verschiebung des Mittelwerts um 0,84 Skalenpunkte. Auch in Spanien, Frankreich, Deutschland, Griechenland und Großbritannien sind die positiven Assoziationen zu Unternehmen innerhalb von fünf Jahren erheblich zurückgegangen. Zwar ist der Eindruck, den Unternehmen in der Bevölkerung hinterlassen, Ende 2014 noch nicht eindeutig negativ, doch das Image hat beträchtlich gelitten. Die Bürger scheinen Unternehmen stärker mit der Krise zu assoziieren.

L
E
S
E
P
R
O
B
E

Politik und Gesellschaft. In den Länderprofilen werden die Zusammenhänge zwischen Kultur, Werten und politischen und wirtschaftlichen Einstellungen der Menschen in den europäischen Ländern deutlich.²

5.2.1 Schweden

Schweden nimmt in vielerlei Hinsicht den Spitzenplatz in der Rangliste der acht Vergleichsländer ein. Dies spiegelt sich in den kulturellen Dimensionen wider, aber auch in vielen Einstellungen, wie etwa im hohen Vertrauen in den Staat und die Mitmenschen oder in der allgemeinen Zufriedenheit mit dem Leben. Das immer wiederkehrende Nord-Süd-Gefälle verläuft in der Regel zwischen den beiden Polen Schweden und Griechenland, während die übrigen Länder mittlere Positionen belegen.

Protestantismus und Sozialdemokratie

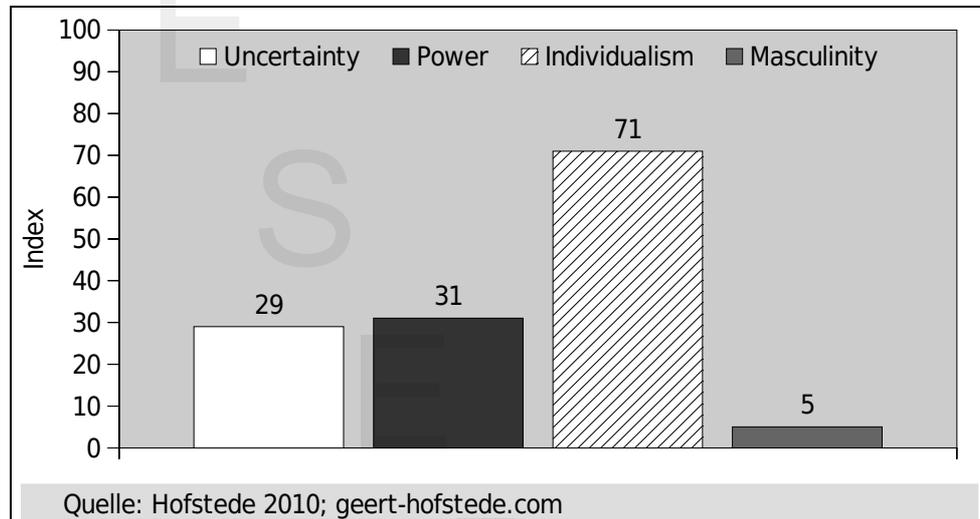
Zum kulturellen Fundament Schwedens zählt zweifelsohne der Protestantismus, durch den sich das skandinavische Land von der Kultur des katholischen Südeuropas unterscheidet. Allerdings hat sich Schweden über die Zeit deutlich von traditionellen zu säkular-rationalen Werten entwickelt. Die evangelisch-lutherische Kirche, bis 1999 noch Staatskirche, hat schon lange keinen nennenswerten politischen oder gesellschaftlichen Einfluss mehr (Winkler 2014:705). Die schwedische Politik war über Jahrzehnte hinweg sozialdemokratisch geprägt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der wirtschaftliche Aufschwung genutzt, um die Idee des *folkhemmet*, des Volksheims, das Streben nach einer gerechten und sicheren Gesellschaft, umzusetzen. Schweden ist aber auch das Land des Konsenses – nicht vom Klassenkampf, sondern von Kompromiss und Einigung verspricht man sich sozialen Fortschritt für alle und so wurde die Idee des Volksheims nicht nur von den Sozialdemokraten, sondern auch von den Mitte-Rechts-Parteien unterstützt. Die wirtschaftsliberalen Umbauprozesse in den 1980er- und 1990er-Jahren fanden unter Berücksichtigung des Konsensbedürfnisses vergleichsweise konzilient und behutsam statt, jedoch nicht weniger effizient als in anderen Ländern (Bergh & Erlingsson 2009:84).

Schweden hebt sich von den anderen Ländern durch eine weit entwickelte Säkularisierung und Rationalisierung sowie durch eine hohe Bedeutung der Selbst-

² Die länderspezifischen Erläuterungen zu den vier kulturellen Dimensionen basieren überwiegend auf Hofstede (2015). Die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Einstellungen fassen die Ergebnisse aus den Kapiteln 3 und 4 zusammen.

entfaltung ab. Die schwedische Gesellschaft ist stark individualistisch geprägt, wenn auch nicht ganz so sehr wie die britische oder italienische (Abb. 5.2-1). Machtdistanz und Unsicherheitsvermeidung sind hingegen in keinem der acht Länder von geringerer Bedeutung als in Schweden. Vor allem aber zeichnen sich die Skandinavier durch eine feminine Kultur aus.

Abb. 5.2-1: Kulturelle Dimensionen in Schweden



Konsenskultur und Ausgeglichenheit

In einer femininen Gesellschaft ist die *work-life-balance* von großer Bedeutung: Man lebt nicht, um zu arbeiten, sondern man arbeitet, um zu leben. In einem solchen Umfeld werden Entscheidungsprozesse unter Partizipation durchgeführt. Alle streben nach Konsens, und die Schweden schätzen Gleichheit, Solidarität und Qualität in ihrem Erwerbsleben. Konflikte werden durch Kompromiss und Verhandlungen gelöst; die schwedische Konsenskultur ist sprichwörtlich (Bergh & Erlingsson 2009:84; Jungar 2002:265): Notfalls wird so lange diskutiert, bis eine Übereinstimmung erreicht ist. Freizeit und Flexibilität bei Arbeitszeiten und Arbeitsverhältnissen sind erwünscht und weit verbreitet. Die gesamte Kultur dreht sich um Mäßigung – *lagom*: Jeder soll genug haben und keiner soll leer ausgehen. Im Ländervergleich ist Altruismus nirgendwo stärker ausgeprägt als in Schweden. Nach dem (fiktiven) skandinavischen Jantegesetz soll man nicht prahlen oder sich über die anderen stellen, weder in sozialer noch in ökonomischer oder intellektueller Hinsicht. Es herrscht eine starke Tendenz zur Gleichheit in der Gesellschaft. Diese soziale Norm kann in einer parlamentarischen bzw. „demokratischen Monarchie“ (Jungar 2002:263) sogar den König treffen:

„In December 1988 the following news item appeared in the press:

Stockholm, December 23. The Swedish King Carl Gustav this week experienced considerable delay while shopping for Christmas presents for his children, when he wanted to pay by check but could not show his check card. The salesperson refused to accept the check without identification. Only when helpful bystanders dug in their pockets for one-crown pieces showing the face of the king to prove his identity did the salesperson decide to accept the check, not, however, without testing the check thoroughly for authenticity and noting name and address of the holder.”

(Hofstede/Hofstede/Minkov 2010:88)

„Keiner soll leer ausgehen‘ – *lagom* wirkt sich auch auf die internationale Hilfsbereitschaft und Solidarität der Schweden aus: Im August 2010 setzten sich 71 Prozent in der Bevölkerung für finanzielle Hilfen für andere EU-Mitglieder ein, die in wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten stecken – das sind deutlich mehr als in den übrigen sieben Ländern. Bewältigen kann die Krise nach Ansicht der Schweden vor allem die EU. Es passt zu einer wenig maskulinen Kultur, dass die Schweden ein überaus positives Bild von der Union haben, selbst wenn sie ihre nationalen Interessen in der Gemeinschaft nicht ganz so gut vertreten sehen wie die Deutschen und die Bürokratie in Brüssel bemängeln. Dementsprechend vertreten sie andere Ansichten als etwa die Deutschen und glauben, dass der Abbau von Schulden und Haushaltsdefiziten keine unbedingte Priorität hat; statt zu sparen, solle man besser in die Wirtschaft investieren – in keinem Land wird das so eindeutig gefordert wie in Schweden und nirgendwo sonst plädieren die Bürger so sehr dafür, die Sozialausgaben zu erhöhen, auch um den Preis steigender Steuern.

Mäßigung zeigt sich in vielerlei Hinsicht. Frei nach dem Motto ‚Eigentum verpflichtet‘ wurden in Schweden ungewöhnliche Umgangsformen mit der Wirtschaft entwickelt:

„Der schwedische Wirtschaftswissenschaftler Gunnar Adler-Karlsson hat die von den schwedischen Sozialdemokraten entwickelte Spielart des Sozialstaats auf den Begriff des «funktionalen Sozialismus» gebracht, der nicht den Besitz als Ganzes vergesellschaftet, sondern die Verfügungsgewalt über das Eigentum beschränkt, indem er einzelne Funktionen des Eigentums einer politisch-gesellschaftlichen Kontrolle unterwirft, ohne die Besitzverhältnisse anzutasten.“ (Winkler 2014:705 f.)

Die schwedische Gesellschaft ist aber auch vom Individualismus geprägt. Die gesellschaftliche Bindung ist eher lose, und jeder sorgt für sich und seine Familie. Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern basieren auf gegenseitigem Vorteil: Über Einstellung und Beförderung wird auf der Grundlage von Erfolgen und Verdiensten entschieden. Management ist in Schweden Mana-

gement der Individuen. Gleichzeitig sind altruistische Werte – insbesondere Universalismus und allgemeines Wohlwollen – in Schweden weiter verbreitet als in anderen Ländern. Die Schweden bringen ihren Mitbürgern, aber auch Fremden und Angehörigen anderer Nationalitäten oder Konfessionen im Allgemeinen großes Vertrauen entgegen.

Die egalitäre Gesellschaft

Schweden weist im Vergleich der acht Länder die niedrigste Machtdistanz auf. Unabhängigkeit ist in Skandinavien von hohem Wert; Hierarchien werden nur aus Gründen der Zweckmäßigkeit respektiert. Schweden wandelte sich von einer Erb- zu einer Wahlmonarchie. Als Anfang des 19. Jahrhunderts der rechtmäßige Thronfolger ungeeignet erschien, wurde aus geopolitischer Motivation heraus der Königsthron kurzerhand dem französischen General Bernadotte angetragen. Er nahm an, wurde zum Kronprinzen gewählt und einige Jahre später, 1818, zu Karl XIV. Johann, König von Schweden und Norwegen. Bis heute besetzen seine Nachkommen den schwedischen Thron.

Zur schwedischen Kultur gehören gleiche Rechte für alle und stets ansprechbare Vorgesetzte, die ihre Mitarbeiter unterstützen. Die Macht ist dezentralisiert, Kontrolle unbeliebt und der Umgang informell. Man redet sich mit Vornamen an und die Kommunikation ist direkt und partizipativ. Mehr als alle anderen schätzen die Schweden Solidarität und Sicherheit auch im wirtschaftlichen Umfeld als wichtige Werte ein. Im Ländervergleich verbinden sie mit der Wirtschaft mehr positive Assoziationen als die übrigen Nationen, allerdings haben sich diese im Laufe der Krise verschlechtert – insbesondere das Ansehen der Unternehmer und die generellen Einstellungen zu freiem Wettbewerb haben gelitten. Die geringe Machtdistanz spiegelt sich im mäßigenden Einfluss des Jantegesetzes wider und bewirkt, dass die meisten Schweden eine homogene Gesellschaft bevorzugen, ohne ausgeprägte vertikale Stratifizierung. Auch aus diesem Grund haben Umverteilung und progressive Besteuerung einen traditionell hohen Stellenwert in Schweden, damit die Einkommensungleichheit wenigstens teilweise ausgeglichen wird. Schweden gilt als idealtypisches Beispiel des ausgereiften Sozialstaats (Bergh & Erlingsson 2009:72).

Schweden wird oft als demokratisches Vorbild hinsichtlich der Einstellungen der Bürger zum Staat und zur Besteuerung genannt. In der femininen Gesellschaft werden anders als in maskulinen Gesellschaften nicht die Steuern für

ökonomische Probleme verantwortlich gemacht, sondern vielmehr Steuerschlupflöcher und Steuerwiderstand. Dementsprechend fordern die Schweden in besonderem Maße schärfere Regeln gegen Steuerumgehung und Steueroasen im Kampf gegen die Krise. Die länderspezifischen Unterschiede könnten ihre Gründe darin haben, dass in Schweden ein ausgiebiger öffentlicher Diskurs über Steuern und Wohlfahrt geführt wird, mit starken Institutionen auf beiden Seiten, während die steuerpolitischen Auseinandersetzungen z. B. in den USA eher unausgewogen wirken.

„Compared with the Swedish polarized environment of prosecutors and defenders, the milieu surrounding tax politics in the United States appears as less antagonistic, since virtually all organized interests tend to act as prosecutors.“ (Edlund 2003b:162)

Obwohl im Rahmen von Reformen in den 1980er- und 90er-Jahren die Steuerprogression verringert wurde, ist der Charakter der Umverteilung im schwedischen Steuersystem immer noch stärker erkennbar als in den Vergleichsländern (Edlund 2003b:150). Dabei ist nirgendwo bereits vor der Besteuerung die Ungleichheit der Einkommen geringer als in Schweden (Franzen/Haarland/Niessen 2012:122). Dies spiegelt sich auch in den Einstellungen der Menschen wider, die die Einkommensdisparitäten für nicht besonders hoch halten.

Sicherheit, Transparenz und Demokratie

Die niedrige Unsicherheitsvermeidung erlaubt einen entspannten Umgang mit Regeln: Die Praxis ist wichtiger als Prinzipien – Abweichungen von der Norm werden eher toleriert. Nach Ansicht der Schweden sollte es nicht mehr Regeln geben als nötig: Wenn sie uneindeutig sind oder sich als nicht praktikabel erweisen, gehören sie verändert oder abgeschafft. Wenn es die Umstände erfordern, wird hart gearbeitet, aber nicht aus Prinzip. Präzision und Pünktlichkeit werden nicht erzwungen, und Innovationen wirken nicht bedrohlich.

Weniger Regeln und Gesetze bedeuten geringere Komplexität. Dies fördert die ohnehin hohe Transparenz der schwedischen Gesellschaft. Ganz allgemein setzen die Schweden großes Vertrauen in ihre Regierung und in die staatlichen Behörden, aber auch in ihre Mitmenschen. Folglich ist der gesellschaftliche Zusammenhalt in Schweden höher als in den Vergleichsländern; altruistische Wertvorstellungen sind ebenso weit verbreitet wie politisches Engagement. Die Gesellschaft zeichnet sich durch einen hohen Demokratisierungsgrad aus; Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung werden in hohem Maße anerkannt. Die

Menschenrechte gelten den Schweden als wichtigster Wert, noch vor dem Frieden. Die Diskrepanz zwischen den realen gesellschaftlichen Verhältnissen und der besten aller möglichen Welten ist im Ländervergleich nirgendwo so gering wie in Schweden – dementsprechend ist das subjektive Wohlbefinden der Bürger höher als in allen übrigen Vergleichsnationen.

► Schweden nimmt im Ländervergleich eine exponierte Rolle im Nord-Süd-Gefälle ein. Protestantisch geprägt ist das Land seit langem selbstbestimmt und durch eine demokratische und säkular-rationale *Konsenskultur* gekennzeichnet. Individualismus und Selbstentfaltung sind von großer Bedeutung in der vergleichsweise wenig hierarchischen Gesellschaft.

Im Vordergrund stehen keine maskulinen, sondern *feminine Werte*: Lebensqualität kommt vor maximalem materiellem Nutzen. Soziale Beziehungen und Gemeinsinn haben Vorrang vor Wettbewerb. Erfolge werden maßvoll und zurückhaltend honoriert.

Macht und Unsicherheit spielen eine relativ geringe Rolle; dafür wird *Transparenz* groß geschrieben. Mehr als alle anderen scheinen sich die Schweden durch ihren Staat und seine Institutionen gut vertreten zu fühlen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist stark und das subjektive Wohlbefinden hoch.

Auch international zeigen sich die Schweden hilfsbereit und kooperativ, vor allem in der Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedsstaaten, die sie gegebenenfalls auch finanziell unterstützen. Dabei neigen sie eher zu nachfrageorientierten Maßnahmen und zur Umverteilung als zur unbedingten Konsolidierungspolitik. ◀

5.2.2 Großbritannien

War Schweden über einen langen Zeitraum hinweg das Paradebeispiel für Konsens, dann lässt sich Großbritannien in der Ära Thatcher mit dem Motto „Konflikt statt Konsens“ charakterisieren (Winkler 2014:829). Die ehemalige britische Premierministerin, die in den 1980er-Jahren die Politik des Vereinigten Königreichs gestaltete, führte einen erbitterten Kampf um die Durchsetzung ihrer wirtschaftspolitischen Ziele, vor allem gegen die Gewerkschaften. Thatcher spaltete die britische Gesellschaft in zwei Lager – auch mit bemerkenswerten Ansichten über die Gesellschaft selbst, wie in einer Rede im Jahr 1987:

“[...] who is society? There is no such thing! There are individual men and women and there are families [...]“
(margaretthatcher.org/speeches/displaydocument.asp?docid =106689).

L
E
S
E
P
R
O
B
E